

Der Minister im Dorfladen

Entwicklungshilfe Dr. Gerd Müller feiert mit dem Pfrontener Weltladen dessen Wiedereröffnung nach Erweiterung. Wie wichtig fairer Umgang mit Erzeugern und Entwicklungsländern ist, macht er bei der Firma Deckel Maho deutlich

VON MARKUS RÖCK

Pfronten Ein Bundesminister bei der Eröffnungsfeier eines kleinen Ladens – zu diesem außergewöhnlichen Ereignis ist es am Donnerstag in Pfronten gekommen. Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller hielt bei seinem Besuch in der Fair Trade Gemeinde Pfronten nicht nur einen Vortrag mit Diskussion in der Kantine der Firma Deckel Maho, sondern feierte auch mit dem Betreiberverein die Vergrößerung und Umgestaltung des Weltladens. Der Minister fand dabei deutliche Worte: Er sprach von Sklaven, die in Asien und Afrika zu menschenunwürdigen Bedingungen für die reichen Europäer arbeiteten. Nicht nur fairer Handel soll die Bedingungen in Ländern verbessern, die Kakao, Kaffee, Rohstoffe und Textilien nach Deutschland liefern. Müller ließ sich im Weltladen auch nicht zwei Mal bitten, ein Plakat für eine Petition für ein Lieferkettengesetz zu unterzeichnen, schließlich gehört er zu dessen Initiatoren. Produzenten sei es sehr wohl möglich, die Einhaltung sozialer und menschenrechtlicher Standards und die Vermeidung von Kinderarbeit in der gesamten Lieferkette zu überwachen, betonte Müller. Das treffe auch für eine Firma wie Deckel Maho zu, erklärte er deren zu seinem Besuch erschienenen Vorstandsmitgliedern. Das gelte beispielsweise beim Bezug von Rohstoffen wie seltenen Erden: „Sie können Ihre Produktion nicht auf Sklavenarbeit aufbauen!“

Deckel Maho hatte sich unter anderem durch seinen Einsatz für das Projekt „1000 Schulen“ als Gastgeber für den Ministerbesuch empfohlen. 3500 Euro steuerte das Unternehmen bei. Mittlerweile hat der Landkreis Ostallgäu laut Landrätin Maria Rita Zinnecker 30000 Euro für den Bau einer Schule in Namibia gesammelt.

Als „Keimzelle für die Ideen von Nachhaltigkeit und Fairness“ hatte zuvor Vorstandsmitglied Wolfgang Neumayer dem Minister den Pfrontener Weltladen präsentiert. So habe man auch den Anstoß gegeben, Pfronten zur fairen Kommune zu machen und dafür vor Ort unter anderem im Rathaus die passenden



Lissi Wolf, die den Pfrontener Weltladen managt, informiert Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller über die Einrichtung, die nicht nur immer größer und schöner wird, sondern zunehmend Anklang findet. Im Vordergrund von links: Lissi Wolf, Vorstandsmitglied Wolfgang Neumayer (verdeckt), Brigitte Reininger-Faden vom Verein Nepal Medical Careflight mit ihrem Mann Hans Reininger, Landrätin Maria Rita Zinnecker, Bürgermeisterin Michaela Waldmann, Minister Müller, Landtagsabgeordnete Angelika Schorer und Bundestagsabgeordneter Stephan Stracke (verdeckt).

Foto: Markus Röck

Mitstreiter gefunden. Dass es den Mitgliedern nicht wurscht sei, wie die Produkte erzeugt werden, finde unter Pfrontenern und Gästen immer mehr Anklang.

Dass nun auch der SB-Bereich der früheren Bankfiliale an der Allgäuer Straße ausgezogen ist, ermöglichte es dem Weltladen, sein Angebot auf einer um 19 Quadratmeter erweiterten Fläche in bester Lage noch attraktiver zu präsentieren. Bis auf den Boden komplett in ehrenamtlichen Einsätzen gestalteten Lissi Wolf und ihre Mitstreiter den Laden neu, in dem es neben Kunsthandwerk auch einige Lebensmittel und Textilien zu kaufen gibt.

Wie wichtig der faire Handel ist, machte Minister Müller an den Beispielen Kakao und Kaffee deutlich: Von einem Euro, den man hierzulande für eine Tafel Schokolade zahlt, gingen gerade einmal vier bis sieben Cent an die Kakao-Erzeuger. Vom Kaffeeanbau lebten weltweit 100 Millionen Menschen, deren be-

schwerliche Handarbeit mit gerade einmal 30 bis 50 Cent pro Tag entlohnt werde. „Es kann nicht der Standard sein, dass wir unseren Wohlstand auf dem Rücken dieser Menschen machen“, betonte Müller. Was unfaire Erzeugerpreise anrichteten, könne man auch im Allgäu sehen, etwa bei Tierhalter-Skandalen wie jüngst in Bad Grönenbach. Gerade in der einheimischen Landwirtschaft findet deshalb der Einsatz des Weltladens für faire Bedingungen für Erzeuger großen Anklang, bestätigte Laden-Organisatorin Lissi Wolf dem Minister.

Auch bei der Firma Deckel Maho betonte Müller die Bedeutung der Fairness nicht nur im Umgang mit Entwicklungsländern. Hierzulande gehörten dazu auch ein Mindestlohn und die Mindestrente, besonders mit Blick auf ältere Frauen, die eigene Erwerbstätigkeit oft zurückgestellt hätten, und für die nun eine Grundsicherung gewährleistet werden müsse. Mit Blick auf den Gast-

geber warb Müller für eine technologische Zusammenarbeit mit Afrika, nicht nur um die dortigen wachsenden Märkte zu erschließen. Beispielsweise müsste man mithelfen, eine zukunftsfähige und CO₂-neutrale Energieversorgung mit Photovoltaik, Wasserstoff und Methanol aufzubauen. Die Technik, Energie in Gase umzuwandeln, werde gerade auch hierzulande vorangetrieben, um beispielsweise die in der Nordsee offshore erzeugte Windkraft zu transportieren, betonte Müller auf Nachfrage.

Sollten die Afrikaner bei ihrer Industrialisierung wie einst die Europäer auf die Kohle setzen, wären die Folgen verheerend. Treffe der vor allem von den Industrieländern verursachte Klimawandel schon jetzt die Entwicklungsländer am härtesten, könnten künftig Gebiete in Afrika unbewohnbar werden – und sich gigantische Flüchtlingsströme auf den Weg machen. Dabei wären viele Probleme wie der Hunger lös-

bar, wenn man nur wolle. Mit Anleitung und Technik aus Europa und verbessertem Saatgut – aber nicht aus der Gentechnik, wie Müller auf Nachfrage betonte – könnten die Erträge der Landwirtschaft massiv gesteigert werden.

Die Einschätzungen der Pfrontener Gemeinderäte Dr. Otto Randel, der sich um einen Ausverkauf afrikanischen Bodens unter anderem an China sorgte, und Peter John, der erklärte, man müsse die örtlichen Regierungen mehr in die Pflicht nehmen, teilte Müller erklärtermaßen. Was China betreibt, sei eine neue Form des Kolonialismus, mit dem sich das Land nicht nur Ressourcen, sondern über die Infrastruktur auch Zugang zu dem Köpfen sichern wolle. Bei der Auswahl der Partnerländer werde man künftig strengere Standards etwa bei der Einhaltung der Menschenrechte und der Korruptionsbekämpfung zugrunde legen. Deren Zahl werde so von 85 auf 50 gesenkt.